

Francois Beilecke, Manfred Kieserling

## **Aufbruch in die Universität – Bericht aus der Zukunft**

### **Ein Essay**

In der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen“ von gestern, dem 25. Juni 2026 war zu lesen, dass dies Jahr bereits der fünfzehnte Jahrgang von Oberschülern der altehrwürdigen staatlichen Bildungsanstalten aus Homberg und Fritzlar erfolgreich seine einjährige Hochschulphase in der Kasseler Universität absolviert hat, in diesem Jahr übrigens in den Fächern Mathematik, Germanistik und Politikwissenschaften und wie immer im vorletzten Jahr vor dem Abitur. Die jungen Leute werden knapp ein Jahr vor ihrem Abitur bereits die ersten universitären Leistungsnachweise in Empfang nehmen können, inzwischen sind dies nicht mehr nur „Scheine“ auf dem Felde von sog. Schlüsselqualifikationen, sondern auch bereits fachwissenschaftliche. Es versteht sich, dass sich dem Attraktivitätssog dieses vor eineinhalb Jahrzehnten unter Mühen in der schulischen „Provinz“ begonnenen Experimentes die anderen „höheren Schulen“ der Region nicht lange entziehen konnten: Inzwischen schicken fast alle diese Anstalten zumindest etliche Schülerinnen und Schüler in die voruniversitäre Bildung. Dies fiel allen Beteiligten umso leichter, als vor sechs Jahren die zu Beginn des Jahrhunderts eingeführte verkürzte Schulzeit wieder rückgängig gemacht wurde, um den Schülerinnen und Schülern mehr Zeit für ihre persönliche und vorwissenschaftliche Entwicklung zu geben. Inzwischen zahlt sich die Mühe aus: Führten die problematischen Reformen im Bildungswesen kurz vor der Jahrhundertwende zu wachsenden Ausbildungszeiten, so ist in der Tendenz bereits erkennbar, dass dieser Trend rückläufig ist. Die allmähliche Integration von universitärer und schulischer Bildung beginnt Früchte zu tragen.

Soweit der Stand der Dinge; es folgt der Blick zurück: Das Projekt entstand, im Nachhinein gar nicht weiter verwunderlich, aus einem Misserfolg. Im Jahre 2009 erhielten wir, die Projektinitiatoren Beilecke und Kieserling, Kenntnis davon, dass eine große deutsche Stiftung, im Bildungssektor tätig, die Vernetzung von Schule und Universität vorantreiben wollte. Die beiden Schulen der Projektinitiatoren waren begeistert von der Idee, wohl nicht recht ahnend, welche Stolpersteine aus dem Weg zu räumen waren und sicher auch in der Hoffnung, der Projektantrag werde bei den Stiftungsjuroren keinen Bestand haben. Damit hatten sie recht. Etwa ein Jahr nach der Antragstellung kam die Ablehnung. Das weckte unseren Ehrgeiz: „Dann machen wir es eben selbst“. Bis dahin hatten wir nur erst ein Ziel und kein Geld.

In der „Provinz“ ist es eine echte Herausforderung, zwei Schulen, eine Universität, möglichst viele Financiers und nicht zuletzt fast neunzig Schülerinnen und Schüler mit ganz

unterschiedlichen Interessen, auf die auch noch ganz unterschiedliche Zwänge einwirken, zusammenzubringen. Wir kommen zum Anfang und gehen zurück in die Vergangenheit...

### **Die Rahmenbedingungen im Jahr 2011: Hochschule**

Universitäten funktionieren nach eigenen Regeln. Der Versuch, an eine solche Institution kooperativ anzudocken, setzt voraus, dass sie ein je eigenes Interesse am Vorhaben entwickeln kann, welches mit ihr durchgeführt werden soll. Um dies zu wecken, muss das Projekt möglichst den Werbeinteressen der Hochschule entgegenkommen: Hochschulen - und gerade die in der „Provinz“, die zukünftig um sinkende Studierendenzahlen konkurrieren werden - sind daran interessiert, ihre Ressourcen, also Schülerinnen und Schüler als zukünftige Studierende, frühzeitig an sich zu binden; die Ausstattung der Hochschulen hängt nämlich personell wie sachlich von der Zahl derjenigen direkt ab, die in ihnen ihre Bildung vervollkommen wollen. Das Vorhaben muss ferner einen Qualifikationsaspekt beinhalten, der sich in den Portfolien der beteiligten Hochschullehrer und Dozenten präsentierbar verankern lässt. Eine Hochschule als Ganzes ist nämlich kaum fähig, ein Projekt ohne einen professoralen Träger zu implementieren, da die grundgesetzlich garantierte Freiheit von Wissenschaft und Lehre eine Beauftragung eines Lehrstuhles mit einer bestimmten Arbeit nahezu unmöglich macht.

Umgekehrt ist nur ein Lehrstuhl oder eine Kooperation von Lehrstuhlinhabern in der Lage, die finanziellen Ressourcen zu mobilisieren, die die Projektumsetzung erfordern, übrigens auch gegenüber der Hochschule-als-Ganzer, die häufig nur abstrakt an einem Projekt interessiert ist, die Ressourcen verschlingende Umsetzung aber gern an die unteren Hochschulebenen delegiert, erst recht selbstverständlich dann, wenn Bildungspolitik weniger von Bildungszielen definiert wird, als vielmehr von einer Finanzpolitik, die Sparzwänge zum Fetisch zu erheben geneigt ist.

Eine Kooperation wird durch gleichsam technische Probleme zusätzlich erschwert. Wenn eine Universität, sowieso bereits belastet durch die Reduktion vormaliger Ausbauziele und also personell häufig längst an Kapazitätsgrenzen angelangt, durch besondere Bedingungen zusätzlich eingezwängt wird, wie sie durch eine Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre eingetreten ist, welche dazu zwingt, mehrere Jahre lang zwei Abiturjahrgänge gleichzeitig durch ein Studium zu schleusen, dann ist nicht nur die Versorgung mit Dozenten prekär, sondern schon die eigentlich banale räumliche Ausstattung wird zu einem gelegentlich unüberwindbaren Problem. Nahezu selbstverständlich wird hier nicht personell wie sachlich draufgesattelt, denn einige Jahre später gehen die Studierendenzahlen aus demographischen Gründen allmählich immer weiter zurück. Also wird die Mangelsituation des Jahres 2011 insbesondere personell „getunnelt“: Es wird befristet Personal eingestellt, also vor allem in der Lehre ein kurzfristiger Personalüberhang erzeugt, welcher gegenwärtig

in der Mitte der dritten Dekade als akademisches Proletariat keine der Ausbildung angemessene Beschäftigung mehr bekommen kann.

Diese Anmerkungen mögen genügen, um eine recht widersprüchliche Lage in den Hochschulen zu verdeutlichen. Hier erfolgreich ein Kooperationsvorhaben zu implementieren, gelingt nicht nur aufgrund sachlicher Erwägungen auf der Basis formulierbarer gemeinsamer Interessen.

### **Die Rahmenbedingungen im Jahr 2011: Schule**

Chronische Unterfinanzierung mit den entsprechenden Folgen war aber im Jahre 2011 nicht nur ein Problem von Hochschulen. Auch Schulen leiden in unterschiedlichem Ausmaß darunter, je nach der Zieldefinition der Einrichtung. Die Personaldecke ist knapp, die Lerngruppen sind oft zu groß; Aufgabenverteilung und Arbeitsteilung erfolgen in der Regel unprofessionell und nach Kriterien, nach denen kein mittlerer Produktionsbetrieb arbeiten könnte. Hochbezahltes akademisches Personal kümmert sich oft genug um den Ersatz von Leuchtmitteln in Overheadprojektoren, wartet Computernetze von dutzenden PC-Arbeitsplätzen in differenzierten Netzen, verbringt freie Zeit mit dem Suchen von Schwachstellen im Stromnetz oder beim Aufspüren von defekten Jalousien, ganz zu Schweigen davon, dass die Computerarbeitsplätze meist nicht auf modernem Stand sind und entsprechend langsam arbeiten oder wegen Überlastung ganz zusammenbrechen. Arbeitsorganisatorisch befindet sich eine solche Institution auf dem Niveau eines angestregten Dilettantismus. Gleichzeitig sind diese Bildungseinrichtungen aber aufgrund demographischer Entwicklungen einer wachsenden Konkurrenz ausgesetzt: Schülerzahlen, die gegenwärtig viel zu hoch sind aufgrund der verkürzten Schulzeit und der daraus zeitweilig resultierenden Doppeljahrgänge, werden in absehbarer Zeit in manchen Regionen drastisch zurückgehen.

Eine solche unprofessionelle Organisationsstruktur lässt wenig Zeit und Raum für Projekte, die Schulen auf dem Wege zur Weiterentwicklung ihres eigentlichen Auftrages voranbringen könnten. Selbst dort, wo Lehrkräfte eigene Ideen entwickeln, wirken häufig bürokratische Strukturen als weitere Bremsen bei der Entfaltung von Kreativität. Schulleitungen, die Ihre Schulen weiterentwickeln wollen, müssen entsprechende Entscheidungen entweder auf die eigene Kappe, oder langwierige Genehmigungsprozeduren in Kauf nehmen. Entscheidungsspielräume bestehen bei Kleinigkeiten, pädagogische und/ oder curriculare Entscheidungen unterliegen rigider Kontrolle. Ein solches bürokratisches System ist dann, wenn es kreativ werden will, auf das Unterlaufen seiner eigenen Handlungsbedingungen angewiesen. Dafür aber sind Lehrkräfte regelmäßig nicht ausgebildet, fehlt externe Erfahrung und Kompetenz.

Unterstellt allerdings, eine Schule sei willens und in der Lage, derartige Schwierigkeiten zu überwinden, stößt sie sehr schnell an finanzielle Grenzen. Projektrealisation erfordert regelmäßig außerplanmäßige finanzielle Mittel, Schulen können häufig nicht einmal einen Bruchteil der benötigten Summen bereitstellen. Ist dies im Universitätsbereich immerhin seit Jahren bekannt und Alltag, werden Schulen hier viel enger geführt. So sind Kooperationsprojekte beispielsweise mit Universitäten stets darauf angewiesen, externe Finanzierungsquellen zu finden: Entweder finden sich im jeweiligen Interessengeflecht Hochschulen bereit, die Projektfinanzierung großzügig mit zu tragen, oder es müssen so genannte Sponsoren im Privatsektor gefunden werden. Dass damit Entwicklungsperspektiven in Gefahr stehen privatisiert zu werden, somit Bildungsinhalte in Gefahr kommen können kommodifiziert zu werden, ist eine Tendenz, mit der sich Hochschulen seit Jahren auseinandersetzen müssen und nun eben auch Schulen. Dass damit andererseits die Nachhaltigkeit von Weiterentwicklungen häufig den kurzfristigen Interessen von Sponsoren unterworfen wird, weil Projektfinanzierung regelmäßig nur jährlich gewährt wird und anschließend neu oder bei anderen Sponsoren beantragt werden muss, macht Innovationen nicht gerade kalkulierbarer. Was in den Hochschulen seit langem Realität ist, kommt nun langsam auch in Schulen hinein: Ein wachsender Teil der Arbeitszeit muss damit zugebracht werden, Kontinuität in Arbeitsfelder hineinzubringen, die angesichts inflationär zunehmender Fördertöpfe mit jeweils sinkenden Zeithorizonten und sehr beschränkten Budgets im öffentlichen und privaten Bereich immer nur mit unstetigen Ressourcenquellen zu erzielen ist. Dies zu organisieren haben Lehrerinnen und Lehrer i. d. R. weder Zeit noch Kompetenz. Lehrerausbildung umfasst weder Kompetenzen, die die Akquise von Finanzmitteln vermittelt, noch wird Projektmanagement gelehrt.

### **Die Rahmenbedingungen im Jahr 2011: Schülerinnen und Schüler**

Die Interessen der Schülerinnen und Schüler überschneiden sich mit denen der beiden Institutionen Hochschule und Schule nur wenig; ferner: Zwar gibt es weder den durchschnittlichen Schüler, noch die durchschnittliche Schülerin; einige Aussagen sind dennoch möglich. Immerhin müssen sie sich nicht um die Ausstattung ihres Arbeitsplatzes kümmern. Allerdings stehen sie bzw. ihre Eltern nicht selten auch finanziell unter Druck. Zwar besteht, so beispielsweise in Hessen, Lernmittelfreiheit, aber oft genug müssen die Familien besondere Ausgaben selbst tragen, vom Bleistift über manche Lektüren bis hin zu Ausflügen und Klassen- bzw. Kursfahrten. Im speziellen Fall werden also die Transferkosten zur Universität von den Schulen allemal nicht getragen, bleiben die Familien der Schüler wenigstens auf einem Teil der Kosten sitzen – und die können hoch sein. Sind also vom Durchschnitt der Schülerfamilien schon erhebliche finanzielle Mittel für obligatorische Fahrten zu tragen, so ist evident, dass Sonderprogramme, und seien sie noch so sinnvoll,

schnell die Grenzen der Belastbarkeit erreichen. Dies trifft im Übrigen weniger die Familien, die von staatlichen Transferleistungen leben, als vielmehr Familien mit mittleren und unteren Einkommen.

Nun geht es nicht nur um finanzielle Belastungen. Wichtiger mag sogar erscheinen, dass die zeitliche Belastung der Schülerinnen und Schüler im Normalalltag bereits sehr hoch ist; sie liegt in Hessen bei 34 bis 35 Stunden Unterrichtszeit pro Woche, ohne Hausaufgabenzeit. Man mag dies sowieso bereits für grenzüberschreitend halten und vermuten, dass der Schulbesuch oftmals weniger dem Lernen relevanter Inhalte dient, als vielmehr einen Belastungstest darstellt: Wer ihn durchsteht, ist fit für ein Arbeitsleben in hoch verdichteten Zeittakten bis zum Burn-Out mit Mitte Vierzig. Offensichtlich ist dann eine Ausdehnung der Lernphasen, wie sie Projektunterricht regelmäßig verlangt, kaum noch zu machen. Schülerinnen und Schüler sind nicht freiwillig in den Schulen, allzu oft auch nicht mit Begeisterung, sondern weil sie schon immer in die Schule gegangen sind, weil es woanders noch langweiliger ist und weil es manchmal in der Tat ja auch Spaß macht und man mit Freunden zusammen sein kann. Wenn man dann von ihnen verlangt, sechs Stunden zusätzlich zweimal im Monat über ein ganzes Schuljahr für Lernzwecke zu opfern, dann muss die Motivation schon sehr hoch geschraubt werden. Anreiz ist sicherlich der Nimbus einer Universität, es ist spannend und immer noch etwas besonderes dort „sein“ zu dürfen. Anreiz ist auch die spezifische Lernsituation in einer Hochschule mit ihren Vorlesungen, Seminaren und Tutorien, die sich erheblich vom schulischen Alltag unterscheidet. Anfänglich war am interessantesten zu beobachten, dass sich Schülerinnen und Schüler auf all das einlassen, dass aber stets darauf geachtet werden muss, dass die Rahmenbedingungen stimmen: Es muss den jungen Menschen mit sehr viel authentischem Respekt begegnet werden, die zeitlichen Strukturen müssen flexibel ausgestaltet werden, um „Hänger“ aufzufangen, es muss glaubhaft vermittelt werden können, dass es um ihre Zukunftsinteressen geht und nicht um starre Erfordernisse einer bürokratischen Bildungsverwaltung, sie müssen nicht zuletzt an Planungsprozessen ein Stück weit beteiligt werden, um in ein transparentes Verfahren eingebettet zu sein. Hier wird offensichtlich, dass die Personen, die solche Projekte durchführen, von besonderer Qualität sein müssen, um sich dem Vertrauen gerecht zu erweisen, welches Schülerinnen und Schüler ihnen entgegenbringen müssen. Es gibt nämlich, anders als im „normalen“ Schulalltag, nahezu keine Zwangsstrukturen, die eine Teilnahme sichern können, erst recht keine erfolgreiche. Und im Übrigen nicht nur Schülerinnen und Schülern muss einsichtig sein, was ihnen angeboten wird und wofür sie ihre Zeit opfern sollen, sondern in hohem Maße auch die Eltern bzw. Familien.

## **Die Rahmenbedingungen im Jahr 2011: Finanzierungschancen**

Sponsoring, ohne welches Projekte oft gar nicht durchführbar sind, ist ein heikles Geschäft. Mit Problemen ist immer dann zu rechnen, ohne dass sie zwangsläufig auch eintreten müssen, wenn Partial- auf Allgemeininteressen treffen. Selbstverständlich dringen erstere darauf, dass ihr privates Sponsorentum öffentlich werbewirksam in Erscheinung treten kann. Das bleibt unproblematisch, solange Geldgeber selbst honorig sind und außerdem mit ihren Zuwendungen keine Einflussnahme auf die geförderten Projekte verbinden wollen. Angesichts einer gelegentlich nicht unerheblichen Nähe zwischen zumal großen Unternehmen und Bildungsinstitutionen ist hier Wachsamkeit geboten. Allerdings scheint doch eine wirksame Kontrolle solcher Interessen durch demokratisch legitimierte Institutionen und eine aufmerksame veröffentlichte Meinung eher gegeben. Ob in beiden Richtungen die Aufmerksamkeitshaltung von Lehrkräften in Schulen ausreichend geschult ist, darf aber wohl angesichts der Ausbildung dieser Personen angezweifelt werden. Immerhin handelt es sich hier um ein Problemfeld, das handhabbar zu machen zumindest in Händen derjenigen liegt, die das Projekt durchführen. Dies gilt nicht für das Nächste:

Sponsoring hängt davon ab, dass genügend potentielle Sponsoren zur Verfügung stehen. Das ist banal. Nicht banal ist, dass eben das nicht die Regel ist. So ist zunächst festzuhalten, dass private Finanzierung von öffentlichen Aufgaben und Projekten angesichts der bereits erwähnten chronischen Unterfinanzierung im öffentlichen Sektor unter Bedingungen verschärfter Konkurrenz stattfinden muss. So ist der Run auf Projektfinanzierungen durch Stiftungen, Firmen etc. in den Hochschulen bereits spätestens seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts im Gange. Das hat dazu geführt, dass in der Tendenz „exotische“ oder auch nur etwas „riskantere“ Projektideen geringere Umsetzungschancen hatten, Forschung tendenziell stromlinienförmiger wurde. Solcher Trend geht an Schulen nicht spurlos vorbei. Hier kommen gleichsam nur noch Brosamen an, wird die Durchführung von schlichten Wochenend-Workshops gelegentlich zum nicht mehr finanzierbaren Problem. Das Projekt einer nachhaltigen Verzahnung von Schul- und Universitätsausbildung erscheint schon als Idee nachgerade utopisch.

Sponsoring ist dann besonders schwierig, wenn die an Projekten interessierte Institution in der „Provinz“ liegt. Hierbei handelt es sich um ein strukturelles Problem, dass zu beeinflussen die projekt-interessierten Akteure überhaupt nicht mehr in der Hand haben: Es gibt in der „Provinz“ schlicht nicht genug potente Finanziere. Daraus folgt, dass gerade dort, wo öffentliches Handeln zum Ausgleich struktureller Defizite besonders notwendig wäre, eben das Fehlen dieser öffentlichen Impulse zur nachhaltigen Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler dort führt, verstärkt und auf Dauer gestellt dadurch, dass de facto kaum Ausgleichschancen für diese Defizite von privater Seite vorhanden sind. Jeder, der irgendein Projekt in der „Provinz“ durchführen möchte, zapft stets die gleichen drei, vier solventen Mäzene an. Da scheint schon fast die List der Vernunft dergestalt durch, dass



Lehrende an den Schulen häufig nicht über genügend Kompetenzen verfügen, (größere) Projekte überhaupt zu konzipieren und insofern die Chancen derjenigen deutlich steigen, die so etwas dennoch versuchen.

### **Und dennoch 2011: Das Projekt**

Die Schwierigkeiten, die sich dem Kooperationsprojekt mit einem Finanzvolumen von mehreren zehntausend Euro, einer Laufzeit von mindestens zwei Jahren und drei beteiligten Bildungsinstitutionen entgegenstellten, schienen unüberwindbar. Das reizte, Zufälle haben geholfen. Die erste Phase bis zum Projektstart war am schwierigsten. Aber was wollten wir eigentlich erreichen? Ziel war von Beginn an, sowohl Fachkompetenzen als auch soft-skills zu stärken.

Auf der Ebene der Fachkompetenzen galt es, im Rahmen des Politik-Unterrichtes die methodischen Fähigkeiten zu verbessern, einfach ausgedrückt: Wie funktioniert Sozialwissenschaft? Ein solches Ziel ist am einfachsten in Form eines Forschungsprojektes zu erreichen. Dabei waren von den Schülerinnen und Schülern alle Phasen eines durchschnittlichen Forschungsprozesses zu durchlaufen von der Entwicklung einer Forschungsfrage über ihre methodische Umsetzung, die Durchführung der Feldphase bis zur Auswertung der erhobenen Daten. Angesichts der Zeit, die zur Verfügung steht, ist evident, dass kein wissenschaftliches Projekt in aller Tiefe durchgeführt werden kann; aber die Grundzüge wissenschaftlichen Arbeitens können gelernt werden. Darüber hinaus sind Forschungsverfahren in den Sozialwissenschaften nicht grundlegend anders geartet als in anderen Wissenschaftszweigen, sowohl hermeneutisch-qualitative Verfahren als auch quantitative Vorgehensweisen können zumindest im Ansatz vorgestellt werden. Vor allem aber wird den Schülerinnen und Schülern im Laufe der aktiven Projektarbeit klar, dass zwischen der Aneignung von Alltagswissen und wissenschaftlicher Arbeit erhebliche Differenzen bestehen und dies ist eine Lernerfahrung, die in Schulen in der Regel nicht gemacht wird. Erst hier kommt umgekehrt also der schulische Oberstufenanspruch eines Wissenschaftspropädeutikums zu sich selbst.

Am Begriff der Erfahrung docken auch unsere Ansprüche an den Erwerb von soft-skills an. Schülerinnen und Schüler haben, insbesondere wenn sie in eher ländlich-provinziellen Gegenden zur Schule gehen, regelmäßig „mythische“ Vorstellungen davon, was eine Hochschule ist und wie sie funktioniert. Dies auf den Boden handhabbarer Realitäten zurückzuführen, ist eine der Projektaufgaben. Die jungen Leute sollen erfahren, dass sie und wie sie sich in einer Universität bewegen können, was ihnen nach dem Abitur deutlich Eingewöhnungs- und Übungszeiten spart. Außerdem wird so die Aura des Universitären und Wissenschaftlichen auf ein Gutteil Handwerkliches reduziert und so werden Barrieren vor



dem Hochschulzugang abgebaut. Gleichzeitig wächst so das Selbstbewusstsein der jungen Menschen.

Darüber hinaus erwies sich vor allem in den Anfangsphasen des Projektes gemeinsames Lernen von Schülern und allen beteiligten Lehrenden als wertvoll insofern, als nicht nur das Forschungsprojekt in der Universität, sondern das Kooperationsprojekt selbst stetiger Entwicklung unterlag, die von Schülerinnen und Schülern durch ihre Kritik genauso vorangetrieben wurde wie von Lehrenden; alle Projektbeteiligten waren so ein Stück weit an der Entwicklung des Vorhabens beteiligt und besonders für Schülerinnen und Schüler konnte Forschung so als Prozess begreifbar werden. So war die Pilotphase des Projektes eben genau, was sie charakteristischerweise sein soll, nämlich *wissenschaftliches* Lernen.

Im Rahmen dieses Prozesses konnte ein weiterer Vorzug dieser Arbeitsweise voran getrieben werden, nämlich das Coaching der beteiligten Tutoren. Die im universitären Kontext eingesetzten Tutoren, die die Vertiefung von Vorlesungsinhalten zur Aufgabe hatten, waren überwiegend Lehramtsstudierende, sonst eher mit Erstsemesterstudierenden konfrontiert. Hier allerdings erhielten sie die Gelegenheit, nachhaltiger und kontinuierlicher mit Schülerinnen und Schülern inhaltlich zu arbeiten. Sie konnten dies umso erfolgreicher tun, als die Projektleiter beide Seiten der Universitäts-Schulkooperation aus langjähriger eigener Erfahrung als Hochschuldozenten wie auch als Lehrer an Gymnasien kannten. Dieser Link war Voraussetzung für ein inhaltlich vertrauensvolles Zusammenarbeiten aller Projektbeteiligten. Den Schülerinnen und Schülern war so garantiert, in der Hochschule zu arbeiten und dennoch ihre schulischen Inhalte nicht aus den Augen zu verlieren; den Tutoren bot sich so die Chance, ihre eigene Lehrbefähigung in einem Kontext zu erproben, der nicht von Bewertungsdruck gekennzeichnet, aber unterstützt und begleitet war von erfahrenen Lehrenden in beiden Bildungssphären.

Ach ja: der Zufall: Dass ein solches Projekt überhaupt tief in der „Provinz“ hat aus der Taufe gehoben werden können, obwohl hier eine Vielzahl von Schwierigkeiten aufgelistet wurde, lag daran, dass Personen vor Ort zur richtigen Zeit zusammengetroffen waren, die entweder wenigstens „nichts“ verhindert haben, oder sogar Unterstützung gewährten oder so etwas zu organisieren schlicht kompetent waren. Dann gilt: Der Erfolg gebiert den Erfolg.

### **Die Zukunft der Vergangenheit: Die Zeit ab 2011**

Stets ist es die Aufgabe von Entwicklung, dem Zufall auf die Beine zu helfen und das bedeutet, ihn von sich selbst zu emanzipieren. Hier heißt dies, dass Folgerungen aus den Projekterfahrungen zu ziehen sind, die Entwicklungsperspektiven von zufälligen personellen, sachlichen und finanziellen Koinzidenzen unabhängig machen. Einige Anregungen haben sich aus der Erfahrung der Universitäts-Schul-Kooperation des Jahres 2011 ableiten lassen,





die eine tragfähige Basis für nachhaltige Innovationsperspektiven boten; drei Aspekte lassen sich hervorheben:

Notwendig ist ein finanziell gut ausgestatteter Fördertopf für schulische Projekte, dessen Existenz und Volumen nicht mehr kurzfristigen Interessen unterliegt, nach Art der für Hochschulen existentiellen Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Entwicklungsinitiativen aus den Schulen selbst heraus ermöglicht. Bildungspolitik im Gewand von Fiskalpolitik führt in wachsende Dummheit.

Notwendig ist die Abkoppelung solcher Initiativen vom kleinlichen Kontrollzwang (kultus-) bürokratischer Institutionen; Evaluation der Projekte muss durch externes Expertenwissen erfolgen.

Ein stärker integriertes Bildungssystem lebt davon, dass ein personeller Austausch zwischen Hochschulen und Schulen kontinuierlich und nachhaltig erfolgt. Vor allem müssen Lehrerinnen und Lehrer häufiger in die Hochschulen, um zu forschen und ggf. auch zu lehren und umgekehrt. Damit ist verbunden, dass hochschulfähige Kompetenzen in den Schulen personell verankert werden müssen. Die üblichen, noch dazu im Schulsystem selbst verorteten Fortbildungsangebote sind verlorene Zeit, u. a. deshalb, weil Hochschulen und Schulen inzwischen systemisch viel zu stark getrennt sind. Also müssen die Übergangschancen in beide Richtungen erleichtert werden.

Ziel ist, Bildung flexibel anbieten zu können, durchlässiger zu machen und lebenszeitunabhängiger für diejenigen, die Bildungsangebote wahrnehmen möchten bei gleitenden Übergängen zwischen den Institutionen.

Ziel ist also, gesellschaftliche Ressourcen besser nutzen zu können und die wichtigsten Ressourcen sind immer und vor allem: Menschen.

### **Zurück in die Zukunft**

Betrachtet man aus der Sicht von 2026 die erfolgreiche Umsetzung des Projekts einer einjährigen Hochschulphase für Schülerinnen und Schüler, gilt sicherlich der Dank der Initiatoren den ersten Schülerinnen und Schülern, die das Projekt im Jahre 2011 als Pilotprojekt getragen haben – mit selten versiegender Geduld, mit wachsender Kompetenz, steter Kritik und nicht zuletzt mit Humor. Ohne sie wäre aus diesem Vorhaben sicherlich nichts geworden.



Dr. Manfred Kieserling und Dr.  
Francois Beilecke (v.l.):

Beide Autoren verfügen über  
langjährige aktive  
Hochschulerfahrung in  
Forschung und Lehre; sie sind  
gegenwärtig seit einigen  
Jahren als Gymnasiallehrer im  
Schuldienst.